

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zerlagspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Rich. Müller  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Adickstr. 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Ausgabengebühr für die sechsgepaßte Kolonelleiste  
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Friede?

Am 10. Januar ist der Friede in Kraft getreten. Die Welt kehrt völlerrechtlich zu ihrem normalen Zustand zurück. Unter die blutige und greuelvolle Geschichte der Kriegsjahre ist ein Strich gezogen. Aber das Joch des Krieges vertauschen wir mit dem Joch eines Friedens, der die deutsche Nation die gewaltige Rechnung zu bezahlen zwingt, die ihre Fürsten, Staatsmänner und Generale kontrahiert haben. Wir atmen erleichtert auf, daß die entscheidende Zeit hinter uns liegt, aber wir haben keinen Grund, Glocken zu läuten und Freudenfeuer anzuzünden, denn unter dem Schicksal, das 1914 mutwillig heraufbeschworen worden ist, werden noch Generationen zu seufzen haben. Unsere Pflicht ist es, alles zu tun, um das Abkommen zu erfüllen. Aber wir wissen, daß es keine Phrase ist, wenn wir die Last für unerträglich erklären, und wir müssen auch in dieser Stunde aller Welt zurufen, daß die restlose Erfüllung der Forderungen der Alliierten nach menschlichem Ermessen nicht in dem Bereich des Möglichen liegt.

Das wirklich Unmögliche sind die finanziellen und wirtschaftlichen Lasten, die man uns aufbürdet. Wir verlieren einen großen Teil der Gebiete, die Deutschland bis dahin mit Kohlen versorgten, und sind außerdem gezwungen, den Alliierten eine gewaltige Menge der in den uns gebliebenen Revieren produzierten Kohlen alljährlich abzutreten. Wir verlieren unsere Handelsflotte. Unser Wirtschaftsleben wird in eine Zwangsjacke gesteckt und trotzdem sollen wir ungeheure Entschädigungssummen an die Sieger zahlen. Ihr Umfang ist nicht bestimmt. Deutschland übernimmt die Verpflichtung, daß alle Schäden wieder gutgemacht werden, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Regierungen und ihrem Eigentum während der Zeit, da diese Macht sich mit ihm im Kriegszustand befand, zugefügt sind. Die Höhe der erwähnten Schäden wird spätestens am 1. Mai 1921 der deutschen Regierung als der Gesamtbetrag ihrer Verpflichtungen mitgeteilt werden.

Von der Unmöglichkeit, diese Forderungen zu erfüllen, sind schon eine Reihe von Politikern besonders in England überzeugt. Die Warnungen an Frankreich haben oft von dieser Seite schon stattgefunden, leider bis jetzt mit sehr wenig Erfolg. Doch ganz hoffnungslos steht es dort auch nicht, schon in diesen Tagen können wir feststellen, daß es einem Blatt von so zweifellos nationalistischer und chauvinistischer Gesinnung wie dem „Temps“ zu dämmern beginnt. Den Frieden mit Deutschland wiederherstellen, so schreibt er, bedeutet, daß die Beziehungen Deutschlands mit dem Auslande wieder normal funktionieren... Wenn Deutschland nicht genügend Lebensmittel und Rohmaterialien kauft, kann es sich nicht ernähren und nicht genug produzieren. Wenn es draußen nicht genug verkauft, kann es seine Einkäufe nicht bezahlen. Wenn seine Wechsel wertlos werden, verdient es nicht genug, um seine Schulden zu bezahlen. Wenn es nicht bezahlen kann, macht es bankrott und der Friedensvertrag mit ihm... Man fängt also an, den fehlerhaften Birkel zu begehen, in dem sich die Pariser Friedensmacher bewegen. Diese können und werden an ihrem Gewaltfrieden keine Freude finden.

Wir müssen diese Erkenntnis fördern. Wir sind uns dabei bewußt, daß ein endgültiger und wahrer Friede der Welt nur durch den Sieg des Sozialismus in allen Ländern gebracht werden kann. Soll das erreicht werden, muß Deutschland eine Politik treiben, die draußen Vertrauen gewinnt. Jeder Mißfall in den vorrevolutionären Zustand wird denen, die im Ausland die Umkehr predigen, ihre Arbeit unfähig erschweren. Die gegenwärtigen Mächthaber Deutschlands haben in dieser Beziehung eine schwere Schuld auf sich geladen. Das deutsche Volk muß sein Schicksal selbst bestimmen. Es kann nicht einer Regierung trauen, die durch ihre innere und äußere Politik das Volk der Katastrophe näher bringt.

### Klassentkampf oder Arbeitsgemeinschaft?

Krieg und Revolution als Folgewirkungen des überhöhten kapitalistisch-imperialistischen Systems zeugten die unerhöht erbitterten Klassenkämpfe, die jetzt die ganze Welt erschüttern. Die Geschichte der Menschheit zeigt eine endlose Kette gesellschaftlicher Kämpfe. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; sie sind aber nicht frei in ihren Handlungen, sondern werden getragen und getrieben von der Eigenart der ökonomischen Bedingungen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die jeweilige Staatsform, innerhalb der sich das gesellschaftliche Leben der Menschen vollzieht, bestimmen die Art und Weise und die Formen der gesellschaftlichen Kämpfe.

Wenn wir die Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts und besonders die große französische Revolution des Jahres 1789 auf ihre Ursachen untersuchen und ihr Ergebnis betrachten, dann sehen wir als Triebkräfte dieser gewaltigen Katastrophen die Klassenengegense, die Entwicklung der Klassenkämpfe des dritten Standes gegen die beiden ersten Stände und als Ergebnis den völligen Zusammenbruch des damals scheinbar noch starken und unüberwindlichen Gefüges des Feudalstaates. Die Entwicklung der neuen Produktivkräfte war das treibende Element der ganzen Umwälzung, nicht der Wille einzelner Personen. Aber die große Umwälzung des Jahres 1789, die wohl den endgültigen Sturz des alten Feudalregimes brachte, beseitigte nicht die Klassenengegense, die diese Umwälzung auslösten, sondern schuf neue und schärfere durch die sich frei entfaltende kapitalistische Ausbeutung des arbeitenden Volkes.

Das kapitalistische Klassenstaatsgebilde Europa, das seit der großen französischen Revolution zahlreiche innere Widerstände in Gestalt von Klassenkämpfen zu überwinden hatte, erhielt durch die russische Revolution und deren Übertragung auf andere Länder seine stärkste Erschütterung. War doch dieses Gebilde aufgebaut auf den Gegensatz der Klassen. Diese Klassenengegense mußten aufeinanderprallen, sie werden immer von neuem soziale Kämpfe auslösen und damit neue und schwere Erschütterungen zur Folge haben. Die ökonomischen Bedingungen dieser Klassenengegense zu erkennen, ist für die Arbeiterklasse heute notwendiger denn je. Möge die Staatsform sich ändern, mag selbst eine formelle politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger hier oder da gegeben sein, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln gemahrt ist, solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, wird es eine unterdrückte Klasse geben, die ihre wirtschaftliche Freiheit fordert und zu erkämpfen strebt.

Mitten in der sozialen Umwälzung, die vom Osten kommend über ganz Europa sich erstreckt, haben wir zuerst in Rußland die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, haben wir dort den Versuch, den Sozialismus zu verwirklichen. Dort hat das Proletariat die Diktatur errichtet, die wir als notwendig erachten, um zu einer klassenlosen Gesellschafts- und Wirtschaftsweise zu gelangen, wobei über die Art und Weise und die Form dieser Diktatur des russischen Proletariats kein Urteil gefällt werden soll. Dazu bedarf es eines Eingehens auf die historische Entwicklung der Klassenkämpfe, die niemals nur eine feste geschlossene, revolutionäre Masse gegenüber einer fest geschlossenen reaktionären Masse zeigten, sondern die uns die menschliche Gesellschaft als einen komplizierten Organismus mit den verschiedensten Klassen und den verschiedensten Interessen offenbarten. In Deutschland finden wir heute wohl eine veränderte Staatsform, die der wirtschaftlich unterdrückten proletarischen Klasse politische Rechte verleiht, die aber wie im Jahre 1789 und später 1848 erst recht politische und soziale Kämpfe auslöst mit nie geheimerer Schärfe und dadurch so manchen bürgerlichen und Scheinsozialistischen Ideologen in Schrecken versetzt. In Frankreich, England und Italien, den führenden Staaten Europas, leuchtet gleichfalls der Feuerchein sozialer und politischer Kämpfe auf, die in diesen Siegerländern andere Formen annehmen müssen, aber, ob früher oder später, die gleichen Wirkungen auslösen werden wie in Rußland und Deutschland.

So sehen wir, wie ganz Europa sich in Klassenkämpfen windet, die ja nach den wirtschaftlichen Verhältnissen und den jeweils bestehenden Staatsformen auch ihre besonderen Formen annehmen. Und auch aus Amerika wird uns über unerhöhte Klassenkämpfe berichtet. Auch in dem Lande, das nicht geschwächt, sondern kapitalistisch gestärkt aus dem Weltkrieg hervortritt, drohen dem kapitalistischen Klassenstaate erste Gefahren durch gewaltige Streiks, die das ganze Wirtschaftsleben dem völligen Erlahmen nahe bringen und die Mächthaber des Klassenstaates zu dramatischen Maßnahmen gegenüber der nach seiner Befreiung strebenden proletarischen Klasse veranlassen.

Das Proletariat der ganzen Welt, soweit es in vorgeschrittenen kapitalistischen Klassenstaaten zu sozialistischem Denken und Handeln geschult ist, schickt sich an, den Endkampf mit der kapitalistischen Gesellschaft aufzunehmen, um jede Klassenherrschaft zu beseitigen. Dieser Endkampf kann nur das Ergebnis zahlloser Einzelkämpfe sein, die weder einheitlich in ihrer Form noch in ihrem Verlauf sein können. Sie enden mit wechselndem Erfolg, wobei Niederlagen eintreten, aus denen das Proletariat nur scheinbar geschwächt mit neuer Erkenntnis und neuen Erfahrungen heraustritt. Nirgends tritt das Proletariat als einheitliche und geschlossene Masse seinen Gegnern gegenüber. Erst im Verlauf dieser Klassenkämpfe vollzieht sich eine scheinbare Abgrenzung der proletarischen Schichten, bilden sich die Kampforganisationen des Proletariats, die die Sicherheit des endgültigen Sieges verbürgen.

Das deutsche Proletariat hat eine jahrzehntelange sozialistische Schulung genossen. Die Erkenntnis, daß die gesellschaftliche Entwicklung nur ein Produkt der Klassenkämpfe und die Befreiung des Proletariats nur durch und im Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu erreichen ist, war Gemeingut aller Sozialisten geworden. Jedoch als die Zeit gekommen, die

### Wahnsinn oder Verbrechen?

Raum sind wir aus dem Jahr 1919 mit seinem Meer von Blut und Tränen herausgetreten, kaum ist der „Völlerfriede“ geschlossen und schon wieder knattern in Berlin die Maschinengewehre und plätschen die Handgranaten. Mehrere hundert Tote und Verwundete liegen vor dem Reichstagsgebäude, dem Hause, das dem Volke gehören soll.

#### It's Wahnsinn oder Verbrechen?

Unser Wirtschaftsleben bricht immer mehr zusammen. Die Volksernährung ist in Frage gestellt. Die Landwirte sind in den Tiefstufen getreten. Einfrieren versucht die Regierung, durch neue Liebesgaben an die Landwirte diese zur Ablieferung der fälligen Lebensmittel zu veranlassen. Doch vergebens. Diese Gesellschaft geht auf Wange. Sie will herrschen und diktieren wie im wilhelminischen Staat. Im Bunde mit den Landwirten erhebt die monarchistische Gegenrevolution täglich frecher ihr Haupt, bestützt auf die „Kostgarde“. Schon verbietet der Kommandeur der Reichswehrbrigade III den Verkauf des „Vorwärts“ in den Kasernen, auch wenn die Verkäufer „Kostausweise“ haben. — Die Hausbesitzer fordern öffentlich auf, die Regierung mit Waffengewalt zu stürzen.

Die Grundlage unseres Industriestaates, die Kohlenversorgung, hat vollständig versagt. Woran es liegt, scheint manchem unerklärlich, die Statistiken erbringen den Beweis, daß die Förderungen nahezu den Friedensstand erreicht haben. Wohl sind Kohlengebiete verloren gegangen und Deutschland muß bedeutende Mengen von geförderter Kohle abliefern, aber bei den ungeheuren Einschränkungen im Hausbrand, Verkehr und Industrie mußte es immerhin möglich sein, durchzukommen. Wochenlang liegen die bedeutendsten Industriewerke still oder werden nur in beschränktem Maße fortgeführt. Der Verkehr ist nahezu bedeutungslos geworden. Selbst die Postkassen und Gegendruckereien, deren wir heute so unendlich bedürfen, sind zur Zeit geschlossen. Erhöhte Förderung — erhöhte Kohlennot, das sind die sonderbaren Zeichen der Zeit.

Übermals braut eine ungeheure Streikwelle über Deutschland. Die Bankangestellten Deutschlands lehnten sich das erstmal in mächtiger zentralistisch geführter Streikbewegung gegen ihre Ausbeuter auf. Nach einer Erhöhung von 150 v. H. der Feuerlingszulage und der Zusage von weiteren zentralen Verhandlungen über die übrigen fristigen Punkte wurde am 12. Januar die Arbeit wieder aufgenommen.

Weit drohender gestaltet sich der Eisenbahnerausstand. Vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausgehend, hat er sich mit großer Schnelligkeit über ganz Deutschland ausgedehnt. An einigen sehr wichtigen Verkehrspunkten hat er sich zu gewaltiger Schärfe herausgebildet, und zwar dadurch, daß sich die Beamten den Ausführenden angeschlossen. Die Forderung geht nach einer der Teuerung entsprechenden Lohnerhöhung. Die Regierung hat eine Erhöhung auf 3,50 M pro Stunde angeboten, ohne sonderlich viel Anlauf bei den Eisenbahnern zu finden. Es ist ja für alle klar, daß dieser Lohnausgleich eine Gebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter nicht bringt, in kurzer Zeit wird diese Zulage durch die fortgesetzte steigende Teuerung aufgezehrt sein und die Arbeiter wiederum vor dem Nichts stehen.

Die Angestellten des Versicherungsgewerbes treten in den Streik. In der Metallindustrie und anderen Industriezweigen besteht seit Wochen eine latente Krise. Überall räkeln Not, Hunger, Kälte und Arbeitslosigkeit an der seitherigen Stumpfsheit breiter Proletariatschichten. Die Regierung findet kein Wort gegen die Drohungen der Hausbesitzer. Sie trifft keine Maßnahmen gegen das Treiben der monarchistischen Gegenrevolution, sondern sorgt dafür, daß deren „Demonstrationen“ nicht durch revolutionär gestimmte Arbeiter gestört werden. Sie unterstützt und erleichtert den Landwirten die Ausplünderung des Volkes, wie sie auch nichts gegen Wucher und Schleichhandel unternommen hat. Dagegen schmiedet die Regierung gemeinsam mit der Nationalversammlung Gesetze zur Anbelagerung der Arbeiterklasse, wie wir es im Gesetz über Betriebsräte finden. Diese freche Verhöhnung der politischen Forderungen muß die Flamme der Empörung im deutschen Proletariat hoch auflodern lassen. Die Berliner Arbeiter und Angestellten, angefordert durch die revolutionären Parteien und Körperchaften sowie Gemeindefräaktionen,

demonstrieren am 13. Januar gegen die reaktionären Pläne der Regierung und der Mehrheit der Nationalversammlung. Fast alle Betriebe legen geschlossen die Arbeit nieder, selbst der Verkehr beteiligte sich an der Demonstration. Mehr als hunderttausend Demonstranten erschienen vor dem Reichstag, um von ihrem gefestigten und unerschütterlichen Rechte Gebrauch zu machen. Eine musterhafte Ruhe und Ordnung herrschte, da tauchten bald hier bald da zweifelhafte Gestalten auf, die zu Gewalttaten gegen die aufgestellte „Sicherheitswehr“ aufreizten. Die agents provocateurs wurden zum Teil von den Arbeitern verprügelt. Ein Teil dieser Elemente drängte sich vor bis an die Sicherheitswehr und nahm dieser unter Drohungen und Beschimpfungen die Gewehre ab, wobei auch einige Sicherheits-soldaten geschlagen wurden. Das Verhalten der Sicherheits-soldaten war merkwürdig. Sie hätten sich ohne Gebrauch der Schusswaffe diese Elemente vom Leibe halten können, zumal die Masse der Demonstranten eine ruhige Haltung einnahm.

Am Portal II des Reichstags wurde die Sicherheitswehr nicht bedrängt, auch nicht von agents provocateurs. Da knattert plötzlich ohne jede Warnung ein Maschinengewehr in die Kopf an Kopf ruhige stehende Masse. Nur wenige Minuten währt das Feuer, da liegen auch schon mehrere Hundert Tote und Verwundete.

Die Regierung hat sofort den Belagerungszustand verhängt, nicht nur über Berlin, sondern über das ganze Reich mit Ausnahme von Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden. Die Berliner Zeitungen der U.S.P.D. und R.P.D. sind verboten auf unbestimmte Zeit. Die bürgerliche Presse einschließlich der rechtssozialistischen verliert durch Lügenberichte und schwere Anklagen gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei den wahren Sachverhalt dem Volke vorzunehmen. Nur eine Lüge soll hier richtiggestellt werden: Die Sicherheitswehr soll einen Toten zu beklagen haben. — Der Ministerpräsident Bauer erklärte in der Nationalversammlung, dieser Mann sei „im Dienst der Demokratie gefallen, in Verteidigung der heiligsten Volksrechte, der Meinungs-freiheit der Volksvertreter“. — Ein elender Schwindel wird hier dem Volke vorgetragen! Dieser Sicherheits-soldat ist nichts in Neufölln von einem „Reichswehrosoldaten“ erschossen worden. Dieser Mord hat mit der Demonstration gar nichts zu tun. Der Ministerpräsident Bauer muß schwindeln und lügen, er benutzt dazu die Parlamentaristriebe, um einen Schuldigen für den neuen Massenmord zu finden. Dann verbietet die Regierung die Zeitung der zu unrecht Beschuldigten, damit diese sich nicht wehren und die wahren Schuldigen nicht an den Pranger stellen können.

Für diese Ereignisse wird mancher keine Erklärung finden. D. der Ministerpräsident Bauer hat sie gegeben. Nachdem er den wahren Sachverhalt verdrückt und den „Unabhängigen“ und „Kommunisten“ die „Blutschuld“ zugeschoben, erklärte er in der Nationalversammlung: „Wir werden... die Presseergebnisse dieser Gruppen verbieten, gegen die intellektuellen Urheber dieser Katastrophe vorgehen und diejenigen hinter Schloß und Riegel bringen, die befreit sind, unser Volk völlig in den Abgrund hinabzureißen.“

Darauf kam es an! Die Regierung braucht den Belagerungszustand zur Unterdrückung des revolutionären Proletariats. Der völlige Zusammenbruch unseres Volks- und Wirtschaftslebens als notwendige Folge des zusammengebrochenen kapitalistisch-militärischen Systems und der von einer unfähigen Regierung, einer verlotterten Staatsbürokratie und der kapitalistischen Gesellschaft unternommene Wiederaufrichtungsversuche läßt der Regierung nur den Weg der Gewalt offen.

Wir erblicken in den Berliner Ereignissen den Anfang einer brutalen Gewaltaktion gegen das revolutionäre Proletariat, gegen seine Organisationen und seine Führer. Wenn diese Zeitung in die Hände unserer Mitglieder gelangt, können die Berliner Ereignisse durch andere noch grauenvollere überholt sein. Die ehern Gesetze der sozialen Revolution bestimmen den Lauf der Geschichte. Die alte Welt, mit dem Todeskeim im Leibe, erhebt sich zum letzten Schlage. It's Wahnsinn oder Verbrechen? Die Geschichte wird das Urteil sprechen. Das revolutionäre Proletariat wird den Sozialismus doch erkämpfen!

Das Proletariat... die Erfüllung seiner geschichtlichen Mission... da erwies sich diese sozialistische Kenntnis selbst bei führenden Sozialisten als Ergebnis einer bürgerlich-liberalen Ideologie. Als es galt, die erschütterte kapitalistische Gesellschaft zu stützen und auf einer hochentwickelten Produktion die vollkommen sozialistische anzuknüpfen, als es galt, das zu erreichen durch den Klassenkampf bis zur letzten Konsequenz, da waren es Sozialisten und proletarische Organisationen, geschaffen zur Führung des Klassenkampfes, die nicht nur versagten, sondern sich sogar dem proletarischen Klassenkampf entgegenstellten und damit zur Schutztruppe des Kapitalismus wurden. Eine neue Theorie wurde dem Proletariat gelehrt und mit dem Schlagwort "Demokratie" der Klare Blick der Masse geblendet. "Mit Hilfe der formalen Demokratie und nach Wiederaufrichtung der kapitalistischen Produktion ist der Sozialismus zu erreichen! Einstellung jeheden Kampfes! Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital!" Das war und ist heute noch der Wahnsinn jener "Sozialisten".

Wir wollen nicht untersuchen, warum ein erheblicher Teil der deutschen Sozialdemokratie auf diesem scheinsozialistischen Boden steht. Wer das Werden der deutschen Sozialdemokratie entwicklungs-geschichtlich verfolgt, kann vieles begreifen und manches milder beurteilen, abgesehen von jenen Erscheinungen, die wir nur als Ausfluß persönlicher Eitelkeit, blinden Strebertums und einer verbreiterischen Herrschsucht erkannt haben. Wir wollen uns nur mit jenen Gewerkschaften beschäftigen, die heute noch als stärkste Stütze dieser scheinsozialistischen Haltung anzusehen sind, indem sie zu Trägern der Arbeitsgemeinschaft und damit zum stärksten Hemmnis des proletarischen Klassenkampfes werden. Dabei werden wir finden, daß die Haltung der Gewerkschaften nach ihrer ganzen Entwicklung nicht überraschen kann, daß aber auch sehr bald die Arbeitsgemeinschaft als eine Verzerrung und damit als eine von den Gesetzen des Klassenkampfes überwindene Episode gelten wird.

### Auf dem Wege zum Industrieverband

Der erste Schritt auf dem Wege zu einem alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie erfassenden Industrieverband wurde am 12. Januar in Berlin vollzogen. 2500 Betriebsräte und Arbeiterausschussmitglieder nahmen zum Zusammenschluß aller in der Metallindustrie Beschäftigten Stellung. Die Versammlung war einberufen worden von der Zentralstelle der Betriebsräte, die Groß-Berlin, gemeinsam mit der Ortsverwaltung unseres Verbandes. Die Referenten Dr. Malzahn und Oskar Rusch sprachen über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage und über die Lehren des letzten großen Metallarbeiterstreiks. Sie zogen daraus den Schluß, daß das Proletariat sich andere Kampforganisationen schaffen muß. Es gelte jetzt, die in jeder Industrieergabe Beschäftigten gewerkschaftlich in einem Industrieverband zusammen zu fassen. Die organisatorische Berücksichtigung der Gewerkschaften erwirkte den Kampf, sie muß befristet werden. Die Beschlüsse unseres Stuttgarter Verbandstages sind nunmehr zu verwirklichen, wie auch der Aufbau des revolutionären Notsystems sofort vorzunehmen ist. Das Gesetz über Betriebsräte zeige, mit welchen Mitteln die Reaktion die Arbeiterschaft in Angst und Schrecken versetzt. Nicht mit Resolutionen soll sich die Arbeiterschaft befassen, sie soll nunmehr zur Tat schreiten.

Der Referent Dr. Malzahn legte den Entwurf zu einer Vereinigung aller Betriebsräte der Metallindustrie vor. Die Metallindustrie soll in folgende Untergruppen gegliedert werden:

1. Werkzeug- und Werkzeugmaschinenbau.
2. Allgemeiner Maschinenbau: Großmaschinen, Kleinmaschinen, Automotoren, Dampfmaschinen- und landwirtschaftlicher Maschinenbau.
3. Automobil-, Flugzeug-, Fahrradindustrie, Wagen- und Wagonbau.
4. Mechanik, Feinmechanik, Optik, Uhren-, Nähmaschinen-, Schreibmaschinenindustrie, chirurgische und orthopädische Instrumente.
5. Stromerzeugende und Elektroindustrie, Stark- und Schwachstrom, Maschinen-, Motoren-, Apparatebau, Glühlampenindustrie.
6. Metallwarenfabrikation, Edel-, Weiß-, Gelbmetallfabrikation.
7. Eisenkonstruktionen, Bauwerkstoffe, Gießereifabrikation, Blechemballagen.
8. Hochmetallverarbeitung, Schmelzen, Kupfer-, Messing-, Drahtwerke, Drahtwarenindustrie.
9. Kleinzeug, Haus- und Küchengeräte, Klempnerei, Blechwaren, Holzleger und sanitäre Anlagen.

Jede dieser Hauptgruppen wird ein geschäftsführender Ausschuss gewählt, desgleichen auch für jede Untergruppe. Aufgabe und Tätigkeitsgebiet wird durch besondere Bestimmungen festgelegt.

Auch verwies auf die Reorganisation der Berliner Verwaltungsstelle, die gleichfalls diese Untergruppen vorzieht und eine Personalunion zwischen der Kassenvereinigung und dem Industrieverband der Metallarbeiter anstrebt. Die nächste Generalversammlung werde sich mit diesem Plan befassen. Es sei zu erwarten, daß schon nach kurzer Frist die geschlossene Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter der Berliner Metallindustrie vollendet sei. In dem Entwurf der Ortsverwaltung heißt es:

§ 1. Die zurzeit im 11. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes organisierten Metallarbeiter bilden die Hauptgruppe Metallindustrie. Die Hauptgruppe Metallindustrie wird in folgende Untergruppen unterteilt (siehe oben). Für die Untergruppen für Untergruppen ist die Hauptproduktion des Betriebes maßgebend. Auf je 300 im Betrieb beschäftigte Mitglieder entfällt ein Delegierter zur Generalversammlung. Die Untergruppen haben die Aufgabe, kleinere Betriebe zu Wahlkörpern von je 300 Mitgliedern zusammenzusetzen. In Betrieben mit mehr als 300 Mitgliedern entfallen auf

je weitere 150 bis 300 Mitglieder ein weiterer Delegierter. Die Delegierten der Untergruppen 1 bis 9 wählen sich „die Gruppenleitung“. Die Größe der Gruppenleitung richtet sich nach der Größe und den Verhältnissen der Untergruppe. Die Gruppenleitung der Untergruppe wählt sich einen Vorsitzenden (Gruppenleiter). Mit der Wahl des Gruppenleiters ist der Vorschlag als Beisitzer für die engere Ortsverwaltung verbunden. Die Wahl der Beisitzer zur engeren Ortsverwaltung wird in der Generalversammlung vorgenommen. (Gemäß § 33 Abs. 6 des Verbandsstatuts.) Die Gruppenleiter der Untergruppen 1 bis 9 bilden in Gemeinschaft mit der engeren Ortsverwaltung den „geschäftsführenden Ausschuss (Gruppenrat) der Hauptgruppe Metallindustrie“ (Beisitzer der engeren Ortsverwaltung).

§ 2. Aufgaben der Gruppen. Organisation und Agitation innerhalb der Gruppen; Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Industrie-Untergruppen. Vorbereitung der Übernahme der kapitalistischen Produktion und Überführung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische. Zur Durchführung obiger Aufgaben sind die Gruppenleitungen verpflichtet, mindestens acht Tage vor der Generalversammlung die Wahlkörper der „Delegierten“ zu Versammlungen einzuberufen, welche zu der Generalversammlung Stellung nehmen. Auch muß spätestens binnen zwei Wochen nach Stattfinden der Generalversammlung den Wahlkörpern Bericht erstattet werden. Regelmäßig an jedem ersten Mittwoch im Monat sind die Gruppenleitungen verpflichtet, in bekanntgebenden Lokalen Konferenzen der Delegierten der Gruppe abzuhalten (Delegiertenkonferenzen). Die Gruppenleitungen haben in diesen Delegiertenkonferenzen den Bericht der Ortsverwaltung zu geben. Die Delegierten haben den Bericht der Ortsverwaltung an ihre Wähler in die Betriebe weiterzuleiten. Die Gruppenleitungen können nach Bedarf „kombinierte Konferenzen der Delegierten und der Vertrauensleute der Branchen“ einberufen.

In der Diskussion sprachen mehrere Vertreter der Angestellten. Sie begrüßten den Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter und bedauerten, daß nicht schon früher diese Vereinigung angestrebt worden sei. Die Arbeiter der Werkstatt sollten den Arbeitern im Büro mehr Vertrauen entgegenbringen. Letztere erkennen ihre Klassenlage und sind bereit, mit den Arbeitern der Werkstatt eine gemeinsame Kampffront zu verwirklichen.

Die Versammlung zeigte eine ruhige, aber fest entschlossene Haltung. Sie billigte einstimmig die dargelegten Richtlinien und wählte den provisorischen Ausschuss der Hauptgruppe. Dieser wird nunmehr die Ausschüsse der Untergruppe wählen lassen, und gemeinsam mit der Organisationsleitung sowohl den Industrieverband der Metallarbeiter wie auch das Bundesamt zum revolutionären Notsystem schaffen.

Die Tätigkeit der Berliner Kollegen wird weit über den Kreis unserer Organisation hinaus Beachtung finden. Hier zeigt sich ein fester Wille, mit der alten Organisationsform zu brechen und revolutionäre Organisationen zu schaffen, wie sie von unserem Stuttgarter Verbandstag verlangt wurden. Die Beschlüsse unseres Verbandstages wurden von einem Teil unserer Mitglieder als leere Phrase bezeichnet, und im Lager der anderen Gewerkschaften, besonders von der Gewerkschaftsbürokratie konnten wir wochenlang nur Hohn und Spott vernahmen über die theoretische organisationszerstörende Tätigkeit der Mehrheit unseres Verbandes. Man hielt die Durchführung dieser Beschlüsse einfach für unmöglich. Selbst von unseren eigenen Genossen wurden des Älteren Bedenken erhoben, die sich auf die ablehnende Haltung der Mitglieder richteten. In Berlin sehen wir, daß nach einer energiegelichen Initiative der Leitung die in anderen Verbänden organisierten Beschäftigten der Metallindustrie dem Ruf nach einem alle erfassenden Industrieverbande folgen. Selbst die Angestellten, Ingenieure, Techniker, Kaufleute usw. erkennen diese Notwendigkeit und sind zur Vereinigung mit den Handarbeitern bereit. Freilich, wenn von den Gewerkschaftsleitungen und ihrer Presse immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, die Mitglieder müßten die heute bestehende organisatorische Zersplitterung beibehalten, und wenn weiter behauptet wird, die Arbeiter wollten ihre alten Berufsorganisationen nicht aufgeben, dann kann niemals die wahre Meinung der Mitglieder zum Ausdruck kommen. Aber da, wo die Leitung energisch zur Tat schreitet und den Mitgliedern die Notwendigkeit einer Umstellung der Gewerkschaften klar macht sowie die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen trifft, wird der Erfolg ein überraschend großer sein. Wir können unseren Kollegen im Reich nur empfehlen, den Berliner zu folgen, entschlossen und kühn vorzugehen, damit im gegenwärtigen Augenblick die Gewerkschaft der Arbeiter möglichst ist.

### Lehrlingsfragen

Von H. Winkler.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist für die Metallarbeiter die Lösung der Lehrlingsfrage. Ein ungeheures, vielseitiges und schwieriges Problem harret hier der Entscheidung. Der starke Rückgang von Lehrlingen zu unserer Organisation macht es uns zur Pflicht, baldigst energisch und zentral einzugreifen. Es soll nun in zwingender Reihenfolge versucht werden, einige wichtige Gebiete der Lehrlingsfrage zu behandeln, um das Interesse der Kollegen in Stadt und Land mehr als bisher wachzurufen und zu vertiefen.

#### I. Berufswahl und -beratung.

Die Zeit ist da, wo die Frage an die Eltern herantritt, ob und in welchem Beruf sie ihren der Schule entwachsenden Sohn unterbringen wollen. Bis heute waltet in dieser Frage fast durchweg der Zufall. Sei es, daß der Vater seinen Sohn in dem Betrieb, wo er beschäftigt ist, unterbringt, sei es durch Vermittlung von Bekannten, oder, was nicht selten ist, überläßt man es dem Jungen selbst, sich eine Existenz zu suchen. In sehr vielen Fällen legen sich die Eltern keine Notwendigkeit an über die Anlagen und Fähigkeiten des Kindes und körperlicher Natur ihres Sohnes. Zugegeben sei, daß ein kleiner Prozentsatz der Eltern weder Nähe noch Kosten achtet, ihren Sohn den Anlagen und Fähigkeiten entsprechend in eine geeignete Lehre unterzubringen. Ist dann eine Lehrstelle gefunden, so ist man froh und unterdrückt ohne Bedenken den Lehr-

vertrag. Damit ist in den weitaus meisten Fällen für den Vater die Sache erledigt. Er überläßt es seinem Sohn, sich mit den Bestimmungen des Lehrvertrages abzufinden. In den letzten Jahren hat ein starker Rückgang von Lehrlingen zur Metallindustrie eingesetzt. Trotz Warnung und Mahnung strömten in den einzelnen Orten 70 und mehr Prozent der Schulklassen der Metallindustrie zu. Infolge Unsicherheit und Überfüllung der höheren Berufe wenden sich viele Schüler der höheren Schule ebenfalls dem Metallgewerbe zu. Ferner kommen noch diejenigen hinzu, deren geistige Kräfte zum Weiterstudieren nicht ausreichen, und es sind deren nicht wenige. Nicht es nicht zum Einführigen, so hoch zum Mechaniker oder Elektromonteur, ist in diesen Kreisen eine weitverbreitete, wenn auch irrige Ansicht. Durch Angebot eines hohen Lehrgeldes wird versucht, den Mangel an geistigen Kräften auszugleichen. Die Folgen machen sich neben andern durch überhandnehmende Lehrlingszücherei bemerkbar. Als Berufsschaffner haben wir sowohl an der Zahl wie Qualität des Nachwuchses sehr starkes Interesse. Jeder in der Arbeiterbewegung tätige Kollege wird uns zustimmen, wenn wir feststellen, daß schlecht ausgebildete und ungeeignete Kollegen stets ein Hemmnis für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse bilden. Die Folgen des Weltkrieges machen nun eine planmäßige und ökonomische Verwendung der Arbeitskraft zu Notwendigkeit. Damit ist schon gesagt, daß die Berufsberatung in Zukunft bestimmt ist, unser Kultur- und Wirtschaftsleben maßgebend zu beeinflussen. Reich und Einzelstücken sind daran, die Berufsberatung zu zentralisieren und in einheitliche Bahnen zu leiten. Hier maßgebend mitzuwirken, ist Sache der Arbeiterschaft, und zwar nicht nur als Objekt, sondern auch als Subjekt.

Es ist nicht nur Aufgabe der Berufsberatung, die Schulentlassenen ihren Fähigkeiten, Neigungen und Anlagen entsprechend einem Beruf zuzuführen, sondern auch vor der Wahl eines falschen Berufes zu schützen und bei Berufswahl sachverständig einzugreifen. Jeder verfehlte Beruf bedeutet nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen persönlichen Verlust. Wir müßten in unserer jahrelangen Praxis öfters in solchen Fällen eingreifen. Welche Summe von Enttäuschung und Leiden in den einzelnen Fällen liegt, entzieht sich meist der Öffentlichkeit. Das schlimmste bei diesen Fällen ist das Schwenden des Selbstbewußtseins. Trotz Eignung und Fähigkeit für einen andern Beruf konnte wegen Mangel an Mut ein Zurück-sinken in die Klasse der Hilfsarbeiter nicht immer verhindert werden.

Um hier erfolgreich zu arbeiten, muß schon in Schule und Elternhaus rechtzeitig eingegriffen werden, das heißt nicht im letzten, sondern im ersten Schuljahr. Durch die Wahl der Schule wird bereits über den Beruf des Kindes entschieden, ehe noch Neigung, Fähigkeiten und Anlagen feststehen oder zu erkennen sind. Hier muß die Schulkonferenz Wandel schaffen. Durch Wort und Schrift müssen Kind und Eltern auf die Berufswahl und -beratung aufmerksam gemacht werden. Noch wichtiger erscheint uns, daß Anlagen, Fähigkeit und Neigung, die geistige und körperliche Beschaffenheit des Kindes, die Lage des Arbeitsmarktes nüchtern und ohne Voreingenommenheit seitens der Eltern und Berufsberater geprüft werden. Neben den Wünschen des Kindes und oft auch der Eltern muß die raue Wirklichkeit in Rechnung gestellt werden, soll jeder Mensch an den Platz zu stehen kommen, für den er sich am besten eignet.

Demnach fällt der Schule die wichtige Aufgabe der Erforschung des Kindes und seiner Verhältnisse zu. Schon hier muß versucht werden, den Zufall auszuscheiden. Die Führung einer Personalkarte, auf der die geistigen und körperlichen Eigenschaften, Anlagen und Neigungen des Kindes sowie die jährlichen Befunde des Schularztes eingetragen sind, dient als Grundlage. Zeigen sich Mängel oder Veränderungen seelischer oder körperlicher Art, so ist in dafür angelegten Sprechstunden seitens der Schule mit den Eltern darüber Rücksprache zu nehmen. Unter Anlehnung an das tägliche Leben muß durch einrichtenden Arbeitsunterricht ein Ausgleich zwischen Können und Wollen angestrebt werden. Leider sind bis jetzt nur wenig Eltern über die Eigenschaften ihrer Kinder auf dem laufenden. Neben dem Lehrer fällt dem Schularzt eine wichtige Aufgabe zu. Jeder Schulentlassene sollte vor der Wahl des Berufes untersucht werden, schon um bei den derzeitigen Verhältnissen einer zu großen Verbreitung der Lungentuberkulose unter den Lehrlingen Einhalt zu gebieten. Auch die Disposition zu manchen Krankheiten macht die Mitwirkung des Schularztes bei der Berufsberatung zur Notwendigkeit.

Lehrer, Arzt und Psychologe können aber nur dann erfolgreich arbeiten, wenn für alle Berufe das Wesen, die Anforderungen, die Berufsgefahren, Berufsfrankheiten, Ausbildungszeit und -möglichkeit, Aussichten des Aufstieges und die Lohn- und Arbeitsbedingungen einwandfrei feststehen. Für die Metallindustrie mit ihrer großen Zahl von Berufen ist dies keine einfache Aufgabe. Sie muß aber gelöst werden, um die Grundlage für den weiteren Aufbau des Lehrlingswesens in der Metallindustrie zu bilden. Es würde den Rahmen dieser Zeilen weit übersteigen, wollten wir die Stellung von Industrie und Handwerk zu dieser Frage ebenfalls beleuchten. Nur soviel sei bemerkt, daß sich von Seiten des Handwerks nach unserer Beobachtung Widerstand bemerkbar macht, während die Industrie sich bereits für diese Sache seit längerer Zeit interessiert. Es ist deshalb, wie schon oben bemerkt, notwendig, daß die Kollegen diesem neuen Gebiet ihre Aufmerksamkeit zuwenden und tatkräftig mitarbeiten. Es sollten nach unserer Überzeugung nur tüchtige und erfahrene Facharbeiter, die auch die übrigen Branchen der Metallindustrie einigermaßen beherrschen, Arbeitsmarkt und Wirtschaftsleben beurteilen können, Menschenkenntnis besitzen, in Lehrlingsfragen Bescheid wissen und mit der Jugend umgehen können, dafür in Vorschlag gebracht werden, denn hier handelt es sich um Menschen-schicksale, über die in oft wenigen Minuten entschieden wird. Es sei nur an die Gebrechlichen und geistig Minderwertigen erinnert, um zu erkennen, wie schwierig das Amt eines Berufsberaters ist.

Zum Schluß richten wir an die Kollegen die Mahnung, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft die Wahl eines Berufes mit mehr Sorgfalt und die Unterzeichnung der Lehrverträge mit mehr Vorsicht als bisher vorgenommen wird, zum Wohle des einzelnen und zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

### Sicherheitsmaßnahmen bei der autogenen Metallbearbeitung

(Ausgang aus dem Vortrag im Metallarbeiter-Verband (Beratungsausschuss) am 21. Oktober 1919 von Herr Dr. Hermann Richter, Leiter der Eisenwerke an den Lehrsingen Eisenwerkstätten in Hamburg.)

(Schluß.)  
Welche besonderen Maßnahmen sind bei der Explosionsgefahr?

Zunächst untersuchen wir den Gasinhalt jeder Flasche. Wir brauchen an die Sauerstoffflasche ein Rohr mit einer feinen Öffnung an Ende, jedes darauf einen Schlauch und hinten das Gas in Seifenwasser; dann entweichen Gase aus der Öffnung, die wir mit einer kleinen Handlampe oder glühendem Zündholz be-rühren. Beachtet das Zündholz auf, so ist Sauerstoff darin enthalten. Gibt es einen Schwefelgeruch, so ist der Sauerstoff nicht rein und der Flascheninhalt verdächtig. Die Flasche muß dann außer Betrieb genommen werden und ihr Inhalt ist zu analysieren, was auf einfache Weise innerhalb weniger Minuten erfolgen kann. Eine feine Zündkerze, bei der ich weiter bin, läßt alle Flaschen durch einen Wasserstrom der Schwefel unterziehen, sobald Flaschen mit gefährlichem Gas nicht zur Verwendung gelangen.

Für Analysieren des Druckabwertens verwendet man, wenn die Regelabweichung vor der Dehnung des Flaschenventils schon abge-rückt wird, jedoch eine feine Leinwand, die verpackt, daß sich Kompressionswärme bilden kann.

Die Analysieren des Druckabwertens wird auch nicht ratsam, wenn ein Zündkerze vorhanden ist.

Ferner gibt es Schutzpatronen, die in die Leitung eingeschaltet einen Rückschlag anhalten, sobald die Explosion sich nicht bis zur Flasche fortzulassen kann. Der Widerstand, den sie dem durch-siehenden Sauerstoff im Betrieb leisten, ist aber schon groß und ein Rückschlag kann die Stalage wahrnehmbar machen. Ein weiterer Schutz wird eintreten, wenn die bestehenden Vorschriften über Flaschen mit verdichteten Gasen strenger eingehalten und an-per-dem verbessert werden.

Durch die großen Ansprüche, die in den letzten Jahren an die Industrie gestellt worden sind, ist eine Forderung im Einhalten der gesetzlichen Vorschriften eingetreten, die anstehen muß. Die Flaschen befinden sich häufig in verunreinigtem Zustand; man trifft solche, die zum Teil mit Wasser, Öl und Schlamm fast verunreinigt sind; die Schweißung an Flaschen ist unvollständig und das Leuten der Flaschen häufig ungenügend geworden. Die Ventile sitzen so fest, daß sie nicht zu drehen sind, und wenn man sie öffnet, den Inhalt am Schweiß durchlassen. Natürlich muß dafür gesorgt werden, daß eine Verunreinigung der Flasche durch Fortwärtung unmöglich wird. Sauerstoffflaschen sind zwar, das Sauerstoff-Flaschen bzw. Wasserstoff-Flaschen mit und mit Acetylenflaschen sehr gefährlich sein müssen, aber im Gebrauch ist die Gefahr vermindert.

Das Füllwert muß angegeben werden, daß die Kontrolle der Flaschen sorgfältiger gehandhabt wird und reines Gas nach der Füllung darin ist. Die zu füllenden Flaschen müssen die richtige amtliche Prüfung tragen und solche mit veraltetem Prüfungsdatum und zweifelhafter Aufschrift von der Füllung ausgeschlossen sein. Gasen müssen die Flaschen rein sein. Die Ventile dürfen nur das Prüfungsdatum betreffen und müssen sich in ordentlichem Zustand befinden. Das Aufschriftgewinde ist nur mit Messinguntere zu bekommen.

Ferner muß darauf gedrängt werden, daß die Reichsbehörde beschleunigt arbeitet und auf die Normalkommission einwirkt, daß die Normale für die Anschlußgewinde der Ventile für Sauerstoff und brennbare Gase herausgegeben und genehmigt werden.

Eine Verwechslung beim Füllen und im Betriebe wird nämlich ziemlich unmöglich, wenn endlich als Anschlußgewinde für Sauerstoff das längst geplante 1/2-Zoll-Gasgewinde und für Wasserstoff 1/2-Zoll-Gasgewinde festschrieben würde.

Alle Schutzvorrichtungen, die den Nachteil haben, daß die Arbeit verlangsamt wird, halte ich für zwecklos, denn der eifrige Arbeiter wird sie nicht benutzen oder auszusuchen versuchen. Deshalb bin ich auch dagegen, wenn in kleineren Betrieben einzelne Flaschen mit hochkonzentriertem Gas hinter Mauern und Panzerplatten ver-steckt werden, denn solche Schutzvorrichtungen hindern den Schweiß in seiner Tätigkeit, machen die Anlage unübersichtlich und un-beweglich. Nur für ganz große Werkstätten ist es zweckmäßig, Sauerstoffzentrale zu errichten und lange Sauerstoffleitungen anzuwenden. Aber auch schon bei Anwendung von etwa 10 Schweißstellen würde es sich lohnen, an einer durch Wäuren umflossenen Stätte etwa 10 bis 12 gefüllte Flaschen aufzustellen, diese gewissermaßen als Zentrale zu behandeln, nämlich durch ein Rohr zusammenzufassen und den Inhalt in einer gemeinsamen Leitung nach den verschiedenen Schweißstellen zu führen.

Mancher technische Betrieb, der an sich gefährlich ist, ist durch folgerichtigen Ausbau der Sicherheitsvorrichtungen ungefährlicher geworden als an sich weniger gefährliche Betriebe, bei denen Sicherheitsmaßnahmen vernachlässigt wurden. Auch den Schweißereibetrieb so ungefährlich wie nur irgend möglich zu machen, ist unsere Pflicht, die gern erfüllt werden muß.

### Abhängung internationaler Gewerkschaftsbeziehungen

Ein Schreiben des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die russische Regierung:

Werte Genossen! Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, hat der internationale Gewerkschaftskongress, der vom 28. Juli bis 4. August in Amsterdam stattfand, sich in sehr energischer Weise gegen die Blockade Russlands durch die Regierungen der sogenannten alliierten Länder ausgesprochen; außerdem hat er den Vorstand der neuen gewerkschaftlichen Internationale beauftragt, sich so schnell wie möglich in Verbindung zu setzen mit den Genossen der Länder, die früher Zeile des alten russischen Kaiserreichs gewesen sind, um möglichst genaue Auskunft über die Lage und Tätigkeit der russischen Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, damit er auf Grund dieser Auskunft über die Mittel beschließen kann, die durch uns anzuwenden sind, um die russische Gewerkschaftsbewegung so energisch wie möglich zu unterstützen.

In Übereinstimmung mit diesem Auftrag, der uns erteilt wurde, habe ich die Ehre, mich an Sie zu wenden, um Sie inständig zu bitten, in möglichst kurzer Zeit alle geeigneten Mitteilungen über den Aufbau, die Entwicklung und die Kämpfe der russischen Gewerkschaften, ebenfalls über die durch die Kämpfe erzielten Erfolge an unser Bureau einzusenden. Ich habe das Vertrauen, daß Sie meinem Ersuchen entsprechen werden und daß auf diese Weise der erste Schritt zu einem internationalen Zusammenarbeiten der russischen Arbeiter mit ihren Genossen der anderen Länder geschieht.

Unsererseits verpfehle ich im Namen der 18 Millionen Arbeiter, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, die wirksamste moralische und materielle Hilfe, falls sie nötig ist und wenn die Umstände uns erlauben, sie zu leisten.

Freundliche Grüße!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.  
G. Jimmen, Sekretär.

### Eine Antwort der russischen Regierung?

„Het Volk“ meldet unter dem 5. Januar, daß am 25. Februar d. J. ein Metallarbeiterkongress in Moskau stattfinden soll, zu dem alle Metallarbeiterorganisationen der Welt Vertreter entsenden sollen.

Eine offizielle Einladung ist an den Vorstand unserer Organisation noch nicht gelangt. Wir sind der Meinung, daß jede Gelegenheit zur Verständigung mit den Metallarbeitern der anderen Länder ergriffen werden muß und daß auf dieser Konferenz, falls keine Beschädigung nicht durch technische Schwierigkeiten unmöglich gemacht wird, unsere Organisation vertreten sein muß.

### Der skandinavische Arbeiterkongress

In Stockholm trat am 8. Dezember der skandinavische Arbeiterkongress zusammen. Die schwedische linkssozialistische Partei hatte die Anregung zu diesem Kongress gegeben. Es waren 288 Delegierte anwesend, die circa 300000 Arbeiter vertreten. Die Tagesordnung sah folgende Punkte vor: 1. Die skandinavische Arbeiterorganisation und die Weltrevolution. 2. Die Aufgaben, Methoden und Formen der Gewerkschaftsbewegung. 3. Die Rätebewegung und die Sozialisierung. 4. Die interkontinentalen Beziehungen.

Der Verlauf des Kongresses war von Anfang an sehr lebhaft, denn die Syndikalisten waren auch vertreten und hatten ihre besten Kräfte ins Feuer geschickt. Söglund (Schweden) betonte in seinem Referat über die Weltrevolution, daß die Stellungnahme zur russischen Arbeiterrevolution die entscheidende Probe für die revolutionäre Arbeiterbewegung sei. Die Kleinstaatler können nicht die Führung der Weltrevolution haben, alles hängt von der Haltung der Arbeiter in den westlichen Staaten, besonders in England und Frankreich ab. Doch müssen wir mit allen Mitteln die konterrevolutionäre Politik unserer Regierungen bekämpfen und eventuell mit dem Generalstreik die Wehranrufung der Verbindung mit Russland erzwingen. Weiter muß der Gedanke der Diktatur des Proletariats und des Räte Systems immer eifriger propagiert werden. In zwei Resolutionsvorschlügen sprach sich der Redner für Anschluss an die Richtlinien der dritten Internationale aus und schlug eine Solidaritätserklärung mit der russischen Arbeiterrevolution vor. Die umfangreiche Debatte war zeitweilig äußerst heftig, auch dadurch, daß die Syndikalisten ihre Gesetze gegen den Parlamentarismus, gegen den „politischen Humbug“ und gegen die „politische“ Internationale aufhieben. Weitere Resolutionsvorschlüge gingen ein, die sämtlich dem Reaktionsauschlag überwiegen wurden.

Erst gegen Ende des zweiten Tages kam man zur Behandlung des zweiten und dritten Punktes der Tagesordnung, die wegen ihres engen Zusammenhanges zusammen behandelt wurden.

Martin Traanmael (Norwegen) legte in einer klaren und kräftigen Ansprache die Richtlinien für eine revolutionäre gewerkschaftliche Bewegung dar. Die Gewerkschaften sollen nicht allein Werkzeug zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, sondern in erster Linie ein Mittel sein, die bestehende Gesellschaft zu stürzen. Die Gewerkschaften müssen zu Fundamenten für den Aufbau der sozialen Revolution umgewandelt werden.

Einmütig wurde sodann eine Präzisionsklärung angenommen, die nur die allgemeinen Grundsätze enthält, es aber vermeidet, irgendwelche bestimmten Kampfmittel vorzuschlagen. Sie lautet:

„Das kapitalistische Gesellschaftssystem ist durch den Weltkrieg in das Stadium des Weltchaos und der Barbarei gelangt und bedroht die gesamte Menschheit mit dem Untergang. Die Rettung liegt in der Abschaffung des Kapitalismus und Durchföhrung der sozialistischen Eigentums- und Produktionsordnung als Grundbasis für eine neue Kultur. In allen Ländern steht die Revolution auf der Tagesordnung, außerdem in den Ländern, die unmittelbar in das Land des Krieges hineinbezogen worden sind, doch auch überall da, wo die kapitalistische Entwicklung Probleme geschaffen hat, die auf den Grundlagen der alten Gesellschaft unlöslich sind.“

Die große Masse des organisierten revolutionären Proletariats der Welt hat sich in der dritten Internationale zusammengeschlossen. Die norwegische Arbeiterpartei, Schwedens sozialdemokratische Linkspartei, Dänemarks linkssozialistische Partei und Finnlands kommunistische Partei sind dieser Internationale beigetreten und haben deren Richtlinien anerkannt. Unbestreitbar macht sich auch in gewerkschaftlichen Kreisen die Tendenz zum Anschluss an die Idee des Räte Systems immer stärker geltend. Der Kongress erklärt es für notwendig, daß auch die gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und anderen Organisationen, welche auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, die skandinavische Gemeinschaft für die Weltrevolution unterstützen.“

Schließlich wurde eine Sympathieerklärung mit der russischen Räterepublik beschlossen.

Es wurde endlich beschlossen, ein Zentralkomitee für Skandinavien einzusetzen, das die gemeinsame Tätigkeit zu leiten und über die Verwirklichung der gefassten Kongressbeschlüsse zu wachen hat.

### Der Abbau der Löhne

Vor Jahresfrist wurde eifrig für „Abbau der Löhne“ agitiert. Angeblich machten damals die hohen Löhne es dem Unternehmer unmöglich, die Produktion aufzunehmen. Dieses Unternehmergekrei, welches jeder Grundlage entbehrt und nur von der Sorge um den Profit eingegeben war, fand selbst bei den Helfershelfern der Reaktion, die ja zu jeder Zeit fähig waren, keine Gegenliebe. Dies war auch sehr verständlich. Vorwärts ist immer am Platze, besonders in solchen Dingen. Erhielt nämlich der Arbeiter etwas direkt von seinem Lohn abgezogen, so merkte er es und ergriff seine Gegenmaßnahmen. In der damaligen Zeit war dies für die sich wieder sammelnde Reaktion besonders gefährlich. Also wurde die Taktik geändert. Es unterblieb nicht etwa die Senkung der Löhne, sondern der Versuch wurde unternommen, fortgesetzt sind nun im letzten Jahre

die Preise in die Höhe getrieben worden. Seit einiger Zeit versuchen nun die Agrarier und die Industriellen, die Preise ihrer Erzeugnisse dem Weltmarktpreis anzupassen. Sie verstehen darunter aber nicht die im Auslande nach dem dortigen Geldwert gezahlten Preise, welche zum Teil niedriger sind als die deutschen, sondern kleinen denjenigen höchsten Preis, welcher bei dem niederen Stand der deutschen Wärluta für eingeföhrte ausländische Produkte nach Umwandlung der ausländischen Währung in deutsche Wärlut gezahlt werden muß. Wohl sind die Wünsche auf Bewöhligung der Weltmarktpreise nicht erfüllt worden, aber die Regierung hat unter Mitwirkung der Arbeitgebergemeinschaften Preisserhöhungen zugelassen, welche den nicht gerade bescheidenen Wünschen der Kapitalisten sich bedenklich nähern. So wurden die Eisenpreise seit den letzten Monaten vor dem Kriege um das 15-20fache erhöht, davon allein in dem Monat Oktober 1919 um das Doppelte. So stiegen zum Beispiel Feinbleche, welche bei Kriegsbeginn auf 125 standen, im August 1919 auf 1010 und im Dezember sogar auf 2585. Die Kohlenpreise sind fortgesetzt erhöht worden, jetzt sollen noch die Kosten für den Bau von Arbeiterwohnungen auf die Kohlenpreise geschlagen werden, desgleichen die Kosten für die Verbesserung der technischen Einrichtungen auf den Zechen. Durch einen wahnsinnigen Raubbau im Kriege heruntergewirtschaftet, soll nunmehr auf Kosten der Verbraucher alles wieder in Ordnung gebracht werden. So ist mit einer Erhöhung der Kohlenpreise um 40 % die Tonne zu rechnen. Den Agrariern werden die Preisserhöhungen in Vieferprämien, Druschprämien usw. geboten. Alle diese Erhöhungen müssen in ihren Auswirkungen zu einer weiteren gewaltigen Verteuerung der Lebenshaltung föhren. Die Klasse der Kapitalisten hat heute ihr Ziel erreicht. Der Abbau der Löhne ist vollzogen. Die Produkte sind, gemessen am Stand der Preise vor Ausbruch des Krieges, fast durchgängig auf das 10fache gestiegen, der Lohn aber nur auf das 2- bis 4fache. Demnach ist der Reallohn bis zum Unerträglichsten gesunken. Durch Hinausschiebung auch der allerhöchsten Anschaffungen für Kleidung und Wirtschaft kann heute schon der Arbeiter nur unter den allergrößten Entbehungen sein Leben fristen. Wie gedenken unsere regierenden Herrschaften diese Frage zu lösen? Wenn dann aber der Arbeiter seine Forderungen stellt, dann werden wir wieder das alte Lied „von den unzufriedenen Arbeitern, der Streikmut, Arbeitsunlust“ und all den schönen Verböchtigungen zu hören bekommen. Darum muß es selbst dem indifferentesten Arbeiter klar werden, daß er nur durch Anschluss an eine mächtige Kampfesorganisation in der Lage ist, der kommenden schweren Zeit geküßt gegenüber zu stehen, um sich und die Seinen in diesem verzweifeltsten Ringen zu behaupten. Er muß alle falschen Freunde, die ja heute so zahlreich sind und veruchen, die Gewerkschaften zu zerpfücken, von sich weisen, denn nur in der Geschlossenheit liegt unsere Macht, und das Erkennen, wo der Feind der Arbeiterklasse steht, wird uns zum Siege föhren. Wohl kann durch Lohnserhöhungen eine Erleichterung eintreten. In kurzer Zeit wird aber durch die anhaltende Preissteigerung der Mehre Verdienst wieder aufgefögen und das Defizit im Haushalt des Arbeiters vorhanden sein. So muß es Gemeingut aller Arbeitenden werden, daß nur durch den Sozialismus und die Befreiung der Lohnarbeit eine Aenderung dieses Zustandes erreicht werden kann, zum Wohle der gesamten Menschheit.

### Abrechnung der Unterstützungskasse der Werft Brügge

Die Abrechnung erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April 1918 bis zum 13. November 1919, eine frühere Fertigstellung war nicht möglich, da das Abwicklungsbüro in Kiel jetzt erst die Lohnlisten fertiggestellt hat. Die überwiefene Restsumme betrug 106,21 M., zuvor waren schon 1600 M. zugefandt worden. Die Einnahmen betragen somit an Beiträgen laut Lohnliste 11206,21 M.

#### Ausgaben:

An 1. April 1918 an die Kantine zurück	393,25 M.
Hilfsunterstützung an 16 Frauen	1950,-
Unterstützung an Hinterbliebene	6800,-
Verteilung der Restsumme an hinterbliebene Kinder	1987,-
Porto	5,98
Zusammen	11206,21 M.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch darauf hinweisen, daß bis zum 1. April 1918 jedem Arbeiter der Werft Brügge an jeder Lohnzahlung 20 % zum Bau eines Denkmals für die Gefallenen in Flandern abgezogen wurden. Zu diesem Fonds haben wohl alle Truppenteile, die sich in Flandern befanden, in weit höherem Maße beigetragen als die Werftarbeiter. Von dem Fonds, der nach Zaufenden zählen muß, haben wir nie wieder etwas gehört. Aber auch wir haben ein Recht daran, zu wissen, ob das Geld noch vorhanden und wie es angewendet werden soll. Wir ersuchen die verantwortlichen Stellen, sich dazu zu äußern.

Um ein vollständiges Bild darüber zu haben, wie die Kollegen der Werft Brügge benützt waren, die Familien, die den Ernährer verloren hatten, über die erste Not hinwegzuhelfen, oder solche, die durch Krankheit des Ernährers in Not geraten waren, zu unterstützen, soll noch erwähnt werden, daß vor dem 1. April 1918 folgende Summen durch Sammelkassen aufgebracht wurden: 9720 M. zur Unterstützung von Hinterbliebenen, 7572 M. als Hilfsunterstützungen, 1300 M. als Weihnachtsgabe an auf der Werft beschäftigte Militärpersonen, die nicht zivilisiert wurden und 3365 M. zur Unterstützung der Familien, deren Ernährer angeblich wegen Verbreitung von Flugblättern im Mai 1918 vom Kriegsgericht in Brügge unter Vorwurf des beröchtigten Kriegsgerichtsrats Jäpfel zu rund 100 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Hinzu kommen noch erhebliche Summen für Krankenbesuche und für Beköstigung von Familienmitgliedern von Verunglückten, die sich zur Hebung ihrer Angehörigen, soweit es sich um Wertangehörige handelte, in Flandern aufhielten.

Durch diese Leistungen der Brügger Werftarbeiter ist manche Not gelindert und manche Träne getrocknet worden. Allen Spendern übermitteln wir hiermit nochmals den Dank der betroffenen Mütter, Frauen und Kinder. Auch der Toten sei nochmals gedacht, die als Werftarbeiter den Tod in diesem Weltkrieg fanden.

Der Arbeiterausschuß. J. A. W. Hoffmann, Hamburg 1, Wesenbinderhof 57, hinten 2.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 25. Jan. 1920 der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. Januar 1920 fällig ist.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragskassen:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
Wetzlar	80	20	20	1. Beitragswoche.
Höhr-Grenzhausen	20	20	20	1.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung politischer Rechte zur Folge.

### Wieder aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dessau:  
Der Klempner Carl Frotscher, geb. am 27. Oktober 1871 zu Schleiz.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gera:  
Der Eisenbreher Albin Kiesel, geb. am 31. Dezember 1880 zu Münchenbernsdorf.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Saalfeld:  
Der Hobler Otto Josinger, geb. am 8. Juni 1873 zu Wiegendorf.

### Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Lübeck:  
Der Maschinenkloffer Walter Willen, geb. am 4. Febr. 1891 zu Lübeck, Buch-Nr. 2262015, wegen Denunziation.

### Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle München:  
Der Techniker Josef Lamu, geboren am 30. April 1890 zu Palanga, Buch-Nr. 2178265, wegen Nichtablieferung eines Buches aus der Gewerkschaftsbibliothek.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Posen:  
Der Einrichter Richard Galonska, geb. am 29. Dezember 1886 zu Gleiwitz, Buch-Nr. 2777190, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

### Zur Beachtung! - Zugzug ist fernzubalten:

von Bandagisten und Orthopädiemechanikern nach Rassel L.; von Drehern nach Soest (Fa. Rüttemeyer) D.; von Formern und Siebereihsarbeitern nach Soest (Fa. Rüttemeyer) D.; von Gelbmetallarbeitern nach Gausstatt (Fa. Pfeiffer) D.; von Graveuren (Relief-) nach Hehndt (Fa. Herm. Schütt U.G.) D.; von Instrumentenmachern nach Rassel L.; von Kesselschmiedern nach Soest (Fa. Rüttemeyer) D.; von Klempnern und Zinnschneidern nach Weiswald i. Pommern (Fa. Alfred Ruhn) M.; von Metallarbeitern nach Braunschweig (Automobilfabrik S. Wülfing) St.; nach Bremen L.; nach Graßheim St.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gumbinnen v. St.; nach Hörde i. W. und Umg. L.; nach Kehl i. B. (Lokalbahn Kehl) L.; nach Lindau D.; nach Magdeburg (Fa. Mühlstein, Drahtzieherei) D.; nach Thorn L.; nach Weimar M.; von Schmitz- und Stanzbauern, Schlossern, Drehern und Stahlgraveuren nach Zwickau (Fa. Rob. Reich) L.; von Werkzeugmachern nach Hallebar (Fa. Joh. Krud) L.; von Zingelern nach Regensburg (Fa. Eugen Wiedemann) M. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in St.; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

### Berichte

#### Vom Verbandstage.

Fulda. Die am 29. November 1919 tagende Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Fulda nimmt Kenntnis von dem Bericht über die 14. ordentliche Generalversammlung des Verbandes. Die Versammlung hat die Ueberzeugung, daß die Mehrheit der Delegierten ihr Mandat nicht im Interesse der Gesamtmitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ausübten, sondern in allererster Linie von rein politischen Gesichtspunkten bei ihren Beschlüssen und Forderungen sich leiten lassen. Statt zur Geschlossenheit und Schlagkraft der stärksten Organisation der Welt beizutragen, hat die Mehrheit der Delegierten durch ihre Beschlüsse Unzufriedenheit in weite Kreise der Metallarbeiterschaft getragen und dadurch die Schlagkraft des Verbandes geschwächt statt gefördert. Die Versammlung verurteilt ferner die von der Mehrheit erzwungene Art der Zusammenfassung des Hauptvorstandes und Ausschusses nach politischer Parteirichtung, die der politischen Auffassung der übergroßen Mehrheit der Mitgliedschaft nicht entsprechen dürfte. Ebenso verurteilt die Versammlung, daß die Mehrheit der Delegierten trotz der vorgenommenen Beitragserhöhung die Erhöhung der Sätze für Erwerbslosenunterstützung abgelehnt hat. Sie erblickt auch in dieser Handlung der Mehrheit eine außergewöhnliche Schädigung der Interessen von Hunderttausenden treuen und alten Verbandsmitgliedern, die durch diese Maßnahmen noch weiter geschädigt wurden. Sie erwartet, daß die nächste Generalversammlung dafür sorgt, daß die Erwerbslosenunterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit und Krankheit dem jetzigen Geldwert angepaßt wird.

München. In der am 30. Oktober im Hofbräuhaus stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Unterleitner Bericht vom Verbandstage in Stuttgart. Einleitend wies er auf die weltgeschichtliche Bedeutung und die Riesenarbeit, welche den Verbandstag auszeichnete, hin. Es war abzusehen mit der Kriegspolitik des Hauptvorstandes und seiner Anhängen. Diese Arbeit wurde gründlich gemacht und der Vorstand bekam manches bittere Wort über sein Verhalten während des Krieges sowohl wie seit der Revolution zu hören. Scharfe Abrechnung wurde mit ihm gehalten wegen der Gründung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern. Die Generalversammlung sah als höchstes Ziel die Befreiung der kapitalistischen Wirtschaftsbewegung an. Dieses Ziel soll die Hauptaufgabe des neuen Vorstandes sein. Die alte Mehrheit, die nun in die Minderheit gedrängt wurde, verteidigte unter der Führung des Kollegen Haas (Röln) die Politik des Vorstandes. Der Verbandstag hat eine wesentliche Beitragserhöhung beschlossen, von dem Standpunkt abgehend, daß bereits schon in Friedenszeiten allgemein ein Stundenlohn als Verbandswochenbeitrag gegolten habe. Trotz der neuen Erhöhung sei aber in den meisten Fällen jetzt der Beitrag kaum die Hälfte des Stundenlohnes und dürfte deswegen eine Opposition dagegen unberechtigt sein. Was ist nun die Gegenleistung des Verbandes? Auch hier machte sich die neue Richtung geltend. Sie steht auf dem Standpunkt, daß der Verband wieder als Kampforganisation wie früher zu gelten habe. Die Mehrheit war der Ansicht, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht Sache des Verbandes, sondern des Staates und der Gemeinde sei und lehnte eine Erhöhung der Unterstützung ab. Dagegen wurde die Streikunterstützung, welche eine Kampfesunterstützung ist, ganz wesentlich erhöht, insbesondere deshalb, weil uns große Kämpfe bevorstehen werden. Der Verbandstag erreichte mit den vier Referaten von Reichel, Dismann, Bernide und Müller seinen Höhepunkt. Reichel und Bernide verteidigten die Politik des alten Hauptvorstandes, während Dismann und Richard Müller scharfe Abrechnung hielten und neue Richtlinien für die weitere Tätigkeit des Verbandsvorstandes vorschlugen und zur Annahme brachten. Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften wurde betont, daß in der heutigen Zeit, weil noch nicht ganz ohne Tarife auszukommen sei, dieselben möglichst kurzfristig sein müssen. Der Arbeitsgemeinschaft soll das Räte System gegenübergestellt werden. Richard Müller (Berlin) weist nach, daß die Arbeitsgemeinschaft seit jeder ein Programm der gelben Gewerkschaften war. Alles in allem hat der Verbandstag bewiesen, daß der fortschrittliche Gedanke in der Metallarbeiterbewegung, der 1917 auf dem Verbandstag in Köln noch unterlegen war, nun kräftigen Fuß gefaßt hat. Kollege U. appellierte an alle Kollegen zur tätigen Mitarbeit und hofft, daß bis 20. Jahrhundert die Arbeiterchaft als Sieger in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus stehen werde. Die Versammlung war mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Verbandstag einverstanden.

Kollege Bessel spricht im Namen der Verwaltungstelle München dem scheidenden Kollegen Schilde den Dank aller Kollegen für seine langjährige Tätigkeit als Verbandsvorsitzender aus. Zu Punkt 2 der Tagesordnung „Novemberfeier“ wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 30. Oktober 1919 im Hofbräuhaus versammelten Metallarbeiter erheben schärfsten Einspruch gegen die Beschneidung der freien Meinungsäußerung durch die Anordnung des militärischen Herrschers von Bayern vom 28. Oktober 1919. Die Verfügung ist aus dem alten unheilvollen Geist geboren, der das deutsche Volk so hoffnungslos in das Unglück führte. Diese unerhörte Provokation, die im Schoße jener Kreise entstanden ist, die heute in ihrer Unproduktivität den Aufstieg unserer Volkswirtschaft völlig hemmend im Wege steht, darf die Arbeiterschaft nicht unbeantwortet lassen. Die Verwaltung wird beauftragt, alle Schritte einzuleiten, um eine geschlossene Stellungnahme der Münchener freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft zur Abwehr dieses übermächtigen Vorstoßes der Militärdiktatur herbeizuführen.“ Kollege Müller verurteilt scharf die Stellungnahme des Gewerkschaftsvereins, der glaubte, sich in der Novemberfeierfrage neutral verhalten zu müssen, und betont, wenn die Herren Gewerkschaftsführer den 7. November nicht feiern wollen, so hätten sie doch den 8. November unbedingt feiern müssen, der doch der Jahrestag ihres Wettrennens nach dem Landtagsgebäude zur Erhaltung von fetten Staatsposten war. Er fordert die Kollegen auf, für unbedingte Arbeitsruhe am 8. November einzutreten.

**Eisen-, Metall- und Revolverdreher.**

Berlin. Am Sonntag den 11. Januar hielten die Berliner Dreher eine von circa 2500 Personen besuchte Branchenversammlung ab. Der Branchenvertreter von Braun referierte über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Die Versammlung nahm einstimmig nachstehende Resolution an: „Die Berliner Eisen-, Revolverdreher und Dreherinnen sowie Rundschleifer nehmen Stellung zu ihrer wirtschaftlichen Lage und erklären, daß der kapitalistische Zusammenbruch vom November 1918 und die von einer unfähigen Regierung zur Sanierung des kapitalistischen Systems getroffenen Maßnahmen sowie das Verhalten des Unternehmertums die Arbeiterschaft in grenzenlose Not gebracht hat. Einer Entwertung der Verdienste um das Fache gegenüber. Die Arbeiterschaft — bereits geschwächt durch das Elend des Krieges — ist jetzt am Ende ihrer Kraft und droht der vollständigen Verelendung anheimzufallen. Das Unternehmertum gleicht heute den Hyänen, die sich am proletarischen Leichenhaufen zu mästen suchen. Es macht sich die große Not der Arbeitslosen und die starke Nachfrage nach Arbeit wie auch die Nachmittels des Staates zunutze, um die ausgemergelte und entkräftete Arbeiterschaft zu immer größerer Arbeitsleistung anzutreiben. Der Profit der Unternehmer erreicht infolge des niedrigen Standes unserer Valuta im Exporthandel eine schwindelnde Höhe. Kapitalverschwendung und Mißhandlung der Arbeiter sind die Folge. Mit brutaler Gewalt wird der Arbeiter gequält, werden Forderungen und Streiks niedergeschlagen. In Anbetracht dieser Verhältnisse, dieses Verbrechens an der gesamten Menschheit erklären die Berliner Dreher, daß sie fest entschlossen sind, an der Beseitigung dieser furchtbaren Zustände mitzuwirken, dabei wissend, daß nur durch Kampf das Ziel erreicht werden kann. Die Berliner Dreher sind zum Kampfe bereit. Sie wissen aber, daß der einzelne Arbeiter oder einzelne Arbeitergruppen diesen Kampf nicht führen können. Nur der Kampf aller Hand- und Kopfarbeiter des ganzen Reiches kann den Sieg bringen. Dieser Kampf muß sofort vorbereitet werden. Das zu tun, fordern wir den Vorstand unserer Organisation auf. An die Berliner Metallarbeiter und darüber hinaus an die Metallarbeiter im Reich: Erkennet eure Rolle! Seht nicht ruhig eurem und eurer Familien Untergang entgegen! Rafft euch auf zum Kampf! Wir haben nichts mehr zu verlieren als unsere Ketten!“

**Elektronenteure.**

Hamburg. Kollege Saalfeld gab den Bericht vom letzten Geschäftsjahr. Die Lohnbewegungen brachten fortlaufend Erfolge, sodass die Grundlage für eine gesunde Lohnpolitik gegeben ist. Die Agitation ist infolge der Eigenart des Berufes eine sehr schwierige, doch muß für die Zukunft noch eine ungeheure Arbeit geleistet werden. Desgleichen muß auf das Bildungsweesen ein höheres Augenmerk gerichtet werden. Mit einem Appell an das Solidaritätsgefühl schloß der Redner. An der recht lebhaften und anregenden Debatte beteiligten sich mehrere Kollegen. Ein Antrag fand, daß die Agitationskommissionenmitglieder zu den Betriebsratversammlungen Zutritt haben, wurde einstimmig der Ortsverwaltung überwiesen. Folgende Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen: „Die am 7. Januar 1920 im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der Gruppe Elektriker hat Kenntnis genommen vom dem Jahresbericht mit dessen Ergebnis sie sich durchaus nicht zufrieden geben kann. Es ist dies aber nicht allein Schuld ihrer Führer, sondern es fällt ein großer Teil Schuld auf die Kollegen selbst, weil sie ihre Macht zur gegebenen Zeit nicht genügend zur Anwendung brachten. Wir geloben aber, für die Zukunft unsere Organisation im Sinne des Verbandstages auszubauen, verlangen aber auch von unseren Führern, daß auch sie in diesem Sinne wirken.“ In die Gruppenleitung werden gewählt: Schradt (101), Paul (34), Weiraum (91), Hill (70) und Steiner (37 Stimmen). Für die Agitationskommission werden bestimmt: Seligsohn, Simon, Schwedemann und Wobe. Weitere Kollegen hierzu werden in der nächsten Versammlung gewählt.

**Metallarbeiter.**

Berlin. Die Fortsetzung der Generalversammlung fand am 14. Dezember statt, in der über den vom Kollegen Ruch erstatteten Bericht über den Metallarbeiterstreik diskutiert wurde. Der Kollege Adolf Cohen, der nicht Mitglied der Generalversammlung ist, wurde auf Vorschlag des Kollegen Ruch zugelassen, damit er Gelegenheit habe, seinen Standpunkt darzulegen. Nachdem mehrere Kollegen über die Ursache und den Verlauf des Streiks gesprochen hatten, erhielt Adolf Cohen das Wort. Er führte zunächst aus, daß die Streikenden selbst entscheiden müßten, ob sie Frieden wollten oder nicht. Über die Führung des Streiks sprach er zwei Auffassungen gegenüber. Die eine halte sich an die statutarischen Bestimmungen, während die andere die von der Stuttgarter Generalversammlung gefasste Resolution als maßgebend ansehe. Cohen verurteilte nachgewiesenermaßen das Verhalten der statutarischen Bestimmungen und erklärte, daß dies gegen die Interessen der Arbeiterschaft verstoße. Die Streikleitung habe eine Schwäche gezeigt, als sie sich von der Unternehmung des Streiks abdrängen ließ, indem sie bei den Kollegen keine Meinung dazu beizubringen konnte. Er erwähnte sich dagegen, daß die Schuld an dem Ausbruch des Streiks der E. P. D. zugeschrieben wird. Innerhalb der Organisation müsse auch für politische Kundgebungen Platz sein. Die Mitglieder der E. P. D. dürfen nicht von ihren Funktionen innerhalb der Organisation verdrängt werden. Er empfahl dann eine in diesem Sinne gehaltene Resolution Friedrich zur Annahme. Das anwesende Mitglied des Hauptvorstandes, Robert Dismann, nahm gleichfalls Stellung zum Streik und führte hierzu aus, daß man in der Provinz den Besitzer Metallarbeiterstreik als einen von dem gesamten Unternehmertum getragenen Machtkampf gegen die revolutionären Berliner Metallarbeiter; und darüber hinaus gegen das revolutionäre proletarische Deutschland angesehen habe. Deshalb habe auch die Generalversammlung den Berliner Metallarbeitern die notwendigste Unterstützung zu gewähren. Man müsse bei der Beurteilung dieses Streiks die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation betrachten, die eine völlig andere ist als die des Krieges und der ersten Revolution. Das Unternehmertum sei wieder erkrankt und lasse die Arbeiter sterben, weil es kein Interesse daran hat, zu produzieren. Das Unternehmertum wird in seinen Sorgen befangen durch die Beurteilung des Reichsarbeitsministers Schuler. Der Berliner Metall-

arbeiterstreik könne nicht als ein verlornener Streik angesehen werden. Es sei ein Abwehrstreik gewesen und die Abwehr sei gelungen. Die beabsichtigte Herabdrückung der Löhne sei verhindert. Und wenn man bedenke, daß von circa 200000 Streikenden jetzt, nach ein paar Wochen nur circa 2000 noch nicht wieder eingestellt sind, so bestreite gar keine Veranlassung, den Kopf hängen zu lassen. Dismann begründete dann die „Technische Nothilfe“ und die mit dieser in Verbindung stehende Tätigkeit des Bezirksvorstandes Groß-Berlins der E. P. D., des weiteren auch die Tätigkeit des Polizeipräsidenten Eugen Ernst. Politische Auseinandersetzungen werde es in dieser Zeit häufiger geben, man dürfe sie nicht so tragisch nehmen. Die Organisation dürfe darunter keinen Schaden leiden. Es müsse aber verurteilt werden, wenn die Mitglieder der E. P. D. in Großbetrieben bei den Wahlen zu den Arbeiterschaften mit den Christlichen und Christlich-Deutschen Gewerksvereinen zusammen auf einer Liste gegen die Liste der freien Gewerkschaften kandidieren. Das sei eine Schmach und komme einem Verrat gleich. Wenn Cohen behauptete, die Streikleitung habe die statutarischen Bestimmungen außer acht gelassen, so sei dem Hauptvorstand davon nichts bekannt. Dismann wies an einigen Beispielen nach, daß Cohen und die alte Verwaltung sich mehrfach nicht an das Statut gehalten haben. Der Verbandstag in Stuttgart habe unabweisend erklärt, daß neben den Fähigkeiten der zu wählenden Funktionäre auch das Vertrauen seiner Wähler haben müsse. Die von Cohen begründete Resolution enthalte nur Selbstverständlichkeiten. Nachdem noch einige Redner gegen die Ausführungen Cohens polemisiert hatten, erklärte Kollege Ruch in seinem Schlusswort, daß er sich gefreut hätte, wenn Cohen mehr sachliches Material vorgebracht und besonders über die „Technische Nothilfe“ mehr Mitteilungen gemacht hätte. Wenn die Parteifreundlichkeit so weit gehen, daß unsere Mitglieder, die in der E. P. D. organisiert sind, mit den Christlichen und Christlich-Deutschen der freien Gewerkschaften kandidieren, dann rufe ich und muß die Ortsverwaltung rufen: Bis hierher und nicht weiter! Kollege Ruch stellte noch fest, daß Cohen mit seinem Worte auf die Arbeiterschaften eingegangen ist und auch nicht erklärt hat, ob sich die E. P. D.-Kollegen auf den Boden der Beschlüsse des Verbandstages stellen. Zu der von den E. P. D.-Kollegen eingebrachten Resolution gab der Bevollmächtigte Ruch im Namen der Verwaltung die Erklärung ab, daß nach den Beschlüssen des Verbandstages verfahren wird, das also jedes Mitglied unserer Organisation Funktionär werden kann, gleichviel welcher Parteirichtung es angehört. Voraussetzung dafür sei, daß es das Vertrauen der Kollegen genieße und die notwendige Fähigkeit besitze. Er brauche aus diesem Grunde über die Resolution nicht abstimmen zu lassen. Dem stimmt die Versammlung mit mehreren 1000 gegen 35 Stimmen zu. Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen machte Kollege Dismann folgenden Vorschlag: Am Mittwoch soll eine sachliche Aussprache über die bestehenden Differenzpunkte stattfinden. Bis zur Austragung dieser Differenzen müssen die Waffen ruhen. Auch die Kollegen der U. G. S. dürfen bei den am Dienstag stattfindenden Arbeiterschaftswahlen nicht gegen die Listen der freien Gewerkschaften stimmen. Dem stimmt die Generalversammlung einstimmig zu. Damit war die Generalversammlung am Schluß ihrer Tagesordnung angelangt.

**Detmold.** In der heutigen Vollversammlung der Mitglieder der Verwaltung Detmold nahmen die Mitglieder zunächst den Bericht des Kollegen Schradt über die Bezirkskonferenz in Essen entgegen. Die Handlungsweise, wie von seiten der rechtsstehenden Führer gearbeitet wird, wurde von den Mitgliedern einstimmig verworfen und erklärten sich dieselben mit der Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung einverstanden. Dem Hauptvorstand wurde das volle Vertrauen ausgesprochen.

**Metallbrüder.**

Dresden. Bereits vier Monate sind verstrichen, seitdem die Vorstandskonferenz der Metallbrüder Deutschlands gelagt hat, und all die Beschwerden und Wünsche, die damals bestanden haben, bestehen noch immer. Oder trifft es auf andere Orte nicht zu? Nun, das würde mich sehr freuen. Wir stehen im Zeichen allgemeiner Kollektivverträge, die, wenn sie gut ausgehandelt sind, nur zu begünstigen wären. Aber wie steht es denn damit? Die Mißgunst unter den Kollegen ist groß; dies wissen die Unternehmer auch sehr gut auszunutzen, was wir Brüder in Dresden erst kürzlich erfahren mußten. Wenn schon den Unternehmern das „Verständnis“ für die Eigenart und die Schwere unseres Berufes fehlt, so wundern uns das nicht. Von diesen sind wir derartiges gewohnt, und wo sie es tun, ist es nur höherer Wille, sie languen es nur ab. Von unseren Kollegen im allgemeinen dürften wir aber doch etwas mehr Verständnis erwarten. Wir verlangen ja weiter nichts als einen der Schwere unseres Berufs entsprechenden Lohn. Wir Brüder können doch auch darauf verzichten, daß wir von Alters her in der Metallindustrie, wohl mit wenigen Ausnahmen, die höchsten Löhne hatten. Dies beweisen die früher aufgenommenen Statistiken. Durch die Kollektivverträge ist dies anders geworden. Ihr gelehrte Arbeiter wird ein Mindestlohn festgesetzt, der dann auch für die Brüder maßgebend ist. In großen Betrieben wird es ja zweifellos gelingen, mehr zu erreichen als den festgesetzten Mindestlohn. Aber in den kleinen Betrieben wird eben nicht mehr gezahlt, als was der Tarif vorschreibt. Die dort beschäftigten Kollegen sind dann immer die Leidtragenden, und das müssen wir vertragen. Wir müssen höheren Mindestlohn haben, damit auch die in den kleinen Betrieben beschäftigten Kollegen einen den Verhältnissen entsprechenden Verdienst erzielen. Man sage ja auf der Vorstandskonferenz, man habe für die Eigenart unseres Berufes kein Verständnis, es läge aber auch an der Unzahl unserer Kollegen, wenn sie nicht vorwärts kämen. Das mag wohl zutreffen. Ich glaube aber, auch die Kollegen werden nicht mäßig gesehen sein in bezug auf Verbesserung ihrer Lage in den einzelnen Orten, zum Beispiel Leipzig und Berlin. In Leipzig ist es den Kollegen gelungen, vorzeitig einen höheren Mindestlohn für Brüder zu erlangen, als der allgemeine Kollektivvertrag vorsieht. Welche Schwierigkeiten sie dabei zu überwinden hatten, entzieht sich meiner Kenntnis. Bei uns hier in Dresden ist es nicht gelungen, dies zu erreichen. Nun, Kollegen, es muß aber einmal etwas Einheitsliches geschaffen werden. So verschiedenartig wie heute die Kollegen entlohnt werden, und auch die Grundlage, nach welcher sie entlohnt werden, muß einmal einer Prüfung unterzogen werden. Darum, Kollegen, fragt ich: wo steht die Reichskonferenz? Weiter frage ich: wo bleibt der Beschluß der Vorstandskonferenz, monach in der einzelnen Bezirken Vertrauensmänner zu wählen sind? Und zuletzt: wann wird die Reichskonferenz aufgenommen? Das hier eingeschlagene Tempo ist zu langsam. Auf der Reichskonferenz glaubte man allgemein, daß spätestens im Oktober die Reichskonferenz stattfinden werde. Wenn man aber heute noch nicht einmal etwas von der Statistik hört, so glaube ich, liegt die Reichskonferenz noch in weiter Ferne. Vielleicht sind die Berliner Kollegen mit Material versehen, was darüber Aufschluß geben zu könnte. Otto Eichler, Dresden.

**Vom Ausland**

**Amerika.** Über die gegenwärtigen Verhältnisse in Amerika gibt uns ein Bericht über den Bergarbeiterstreik in Kanada, den wir der „De Volksgeziet“ vom 7. Dez. 1919 entnehmen. Wenn sich dieser Bericht auch nur auf den Streik der Bergarbeiter in Amerika bezieht, so zeigt er doch, wie schief sich auch in Amerika, dem Lande, das durch den Weltkrieg nicht nur nicht gelitten, sondern aus dem Kapitalismus geistig herausgerungen ist, die Verhältnisse der Arbeiterschaft verhalten hat und zu schweren Kämpfen führt. Auch der Verlauf dieser Kämpfe zeigt eine Tendenz, die man als Vorbote einer revolutionären Entwicklung ansehen muß, wie man sie bereits während des Krieges in Deutschland feststellen konnte. Sie entstehen aus dem bis zur Ueberfüllung gereichten kapitalistischen Wirtschaftssysteme, das, gleichviel ob in einem Lande mit geschloßtem oder bis zum Platzen geöffnetem Kapitalismus, den Todesstich im Schoße führt. Wir bringen im nachstehenden den Bericht unserer Lesers zum Kenntnis:

Nachdem der Streik der Kohlenbergwerksarbeiter in Amerika zu bewaffneten Zusammenstößen Veranlassung gegeben hat, entbehrt es vielleicht nicht des Interesses, die Geschichte dieser Bewegung, in die Hunderte von Bergarbeitern einbezogen sind, vor Augen zu führen. Das Entstehen des Konfliktes beruht auf der Tatsache, daß die Lebensmittel so gewaltig im Preis gestiegen waren, daß man nicht mehr damit auskam, mit den gültigen Löhnen zu leben. Durch die Bergarbeiterorganisation wurde dann auch beschlossen, 60 v. H. Lohn-erhöhung zu fordern, und da eine große Arbeitslosigkeit herrschte, verlangte man eine Arbeitszeit von 30 Stunden pro Woche oder 6 Tage mit 6 Stunden (im Bergwerk). Sie gaben ihre Forderungen bekannt und fügten gleichzeitig bei, daß sie vor dem 1. November bewilligt sein müßten, andernfalls würden sie zu diesem Datum in den Streik treten. Die Regierung versuchte nun, anstatt Verhandlungen anzuknüpfen, wie sie es gewöhnlich während des Krieges tat, durch hartes Auftreten den Streik zu verhindern. Gestützt auf die Tatsache, daß der Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet war, erklärte sie, daß das Kriegsrecht, welches alle Streiks verbot, noch immer in Kraft sei und daß die Streikenden als Vaterlandsverräter betrachtet würden. Der Gerichtshof von Indianapolis befahl den Führern der Gewerkschaften unter Androhung von schweren Strafen, den Streikbefehl zurückzuziehen. Die Führer protestierten, jagen aber den Streikbefehl zurück.

Die Kohlenbergwerksarbeiter, wahrscheinlich im Einverständnis mit den Führern, begannen am festgesetzten Tag doch den Streik, und dieser dauert jetzt bereits mehr als einen Monat und die Folgen davon sind so groß, daß man sie selbst bis nach Europa fühlt. Man war nun wohl gezwungen, zu unterhandeln.

Der Sekretär des Arbeitsministeriums, Herr Wilson, trat dagegen, erklärte aber, nur einen formellen Vorschlag zu machen, bis die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben würden. Nach etwa 10 Tagen fand eine teilweise Arbeitsaufnahme statt und die Verhandlungen begannen. Die Unternehmer begannen damit, 20 v. H. Lohn-erhöhung anzubieten. Die Frage der Arbeitszeit war schnell aus dem Wege geräumt. Da die Arbeiter sich mit den 20 v. H. Lohn-erhöhung nicht begnügten, schlug Herr Wilson 31 v. H. vor. Wahrscheinlich würden die Arbeiter das angenommen haben, die Unternehmer vielleicht auch, wenn man sie die Kohlenpreise entsprechend hätte erhöhen lassen. Aber Herr Wilson wurde von der Regierung selbst im Stich gelassen und diese schlug eine Erhöhung von nur 14 v. H. vor, durch die Unternehmer ohne Preis-erhöhung für die Kohlen zu bezahlen, bis eine Untersuchung über den Kohlenverkauf durch die Regierung vorgenommen sein würde. Die Arbeiter verwarfen diesen lächerlichen Vorschlag und der Streik brach mit verdoppelter Wut wieder los.

Die Unternehmer gaben bekannt, daß sie bereit sind, die 14 v. H. Lohn-erhöhung zuzugestehen. Sie hoffen, daß sich viele Bergarbeiter hiermit beschwichtigen lassen würden. Die Regierung berichtete ihrerseits, daß sie streng auftreten würde gegen alle diejenigen, welche die Freiheit der Arbeit behindern sollten und daß sie die Streikbrecher beschützen würde. Dieses Auftreten der Regierung hat arge Verbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen. Sie sehen hierin ein Zusammengehen der Regierung mit der kapitalistischen Klasse, um die durch die Arbeiterklasse während des Krieges eroberten Rechte und Vorteile wieder zu nehmen. Auch werden die Kohlenbergwerksarbeiter in ihrem Kampf durch alle die anderen Gewerkschaften gestützt. Die Bourgeoisie ist natürlich gegen die Arbeiter gerichtet. Sie bekräftigt wohl die Regierung wegen ihrer ungeschickten Taktik, aber sie kann es den Kohlenbergwerksarbeitern nicht verzeihen, daß sie ohne Kohlen sitzen. Sie fordert Kohlen, ganz gleich, zu welchem Preis; auch heißt sie die drakonischen Maßregeln gut, welche getroffen werden, um die Bergarbeiter zu zwingen, die Arbeit aufzunehmen. Inzwischen macht sich die Kohlennot fühlbar. Die 4000 Streikbrecher werden nicht viel mehr beibringen als einen Tropfen Wasser in der See und das Mobilisieren von 1800 Soldaten wird an dem Zustand nichts verbessern.

Der Dieselfontst, der so unmittelbar folgt auf den der Metallarbeiter und hundert andere kommt uns vor wie der Vorbote eines allgemeinen Aufstandes des amerikanischen Proletariats gegen den durch den Krieg noch reicher gewordenen und gestärkten Kapitalismus.

**Eingegangene Schriften**

Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten. Rede von Artur Crispian, gehalten am 29. Juni 1919 auf der Generalversammlung des Verbandes der Unabhängigen sozialdemokratischen Vereine Berlins und Umgegend. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H. Berlin NW 6, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19. 32 Seiten. Preis 50 g.

**Verbands-Anzeigen**

**Mitglieder-Versammlungen.** (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)  
**Sonntag, 24. Januar:**  
**Konstanz.** Helvetia, halb 8 Uhr.  
**Donnerstag, 29. Januar:**  
**Dessau.** Zwoli, großer Saal, 8 Uhr, wöchentliche Generalversammlung. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
**Sonntag, 31. Januar:**  
**Dortmund (Elektronen u. Unterwiesler).** Werth, Körnerplatz, 8 Uhr.  
**Sonntag, 1. Februar:**  
**Campel.** Baarmann, Wöllingen, 11 Uhr.  
**Vertrauensleute-Zusammenkünfte**  
**Dortmund.** Sonntag, 1. Februar, nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
**Götterden.**  
**Augsburg.** Alois Kaiser, Maschinist, 56 Jahre.  
**Reipzig.** Gustav Werner, Schlosser, 48 Jahre, Lungenleiden.  
 — Rudolf Wanda, Schlosser, 36 Jahre, Lungenleiden.  
 — Otto Voigt, Metallarbeiter, 49 J., Lungenleiden.  
 — Oskar Johannemann, Spleißer, 40 Jahre, Bluthvergiftung.  
 — Fr. Kämpf, Dreher, 33 J., Zuckerkraut.  
 — Robert Weisse, Friseur, 39 Jahre, Lungenleiden.  
 — Karl Bracht, Schlosser, 41 Jahre, Gehirnliden.

**Sonstige Anzeigen**

(Anzeigen betr. die Arbeiterschaft sind niemals an die Redaktion, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

**Züchtige Optiker** für Hebelbaurarbeit bei gutem Arbeitsdienst stellen dauernd ein.  
 — Soligländer & Sohn, A.-G. in Braunschweig-Giesmarode.

**Automateneinrichter für Buttig- und Pittler-Automaten, erfahrene Linienfasser sowie Hebelbaurpolierer** stellen ein.  
 — Soligländer & Sohn, A.-G., Epische Werke, Braunschweig.

**Ortsbeamter gesucht.**

Die Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in Jülich (Rheinland) sucht sofort einen tüchtigen Ortsbeamten. Selbiger muß tüchtiger Redner und Organisator sein. Die Einstellung erfolgt unter den üblichen Bedingungen, welche von der Ortsverwaltung des D. E. V. in Jülich (Rheinland) erhältlich sind. Bewerbungen sind zu richten an:  
 — Ewald Siegel, Jülich (Rheinland), Postfach 4.

**Gravieren**  
 Spezialisierte Kleinstrelief und Schriftanlagen für Monogrammpprägungen sof. gesucht.  
 Angebote an **E. Solle**, Halle a. S., Leipzigerstr. 58.

**Graviergehilfen** für Silberhochzeiten und gemischte Branche sucht Ernst Selter.  
 — Conrad, Rolandsmauer 12.

**Werkzeugmacher** für Drahtstrickmaschinen sucht in dauernde Stellung.  
 — Gähert's Werk, Thal i. Thür.

Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Metzstr. 16 B.